

Rede zum Stadthaushalt 2024 ,

wie gehalten von Stadtrat Johannes Pöhlmann, für die Erlanger Linke.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Haushaltsdebatte ist auch der Platz, um Bilanz über das vergangene Jahr in Erlangen zu ziehen.

Wir beginnen mit einem herzlichen Dank an all jene, die die *"Gemeinsame Erklärung für Frieden, Dialog und Vielfalt sowie gegen alle Formen des Antisemitismus und der Islamophobie"* unterstützt haben, und damit meinen wir explizit auch den Oberbürgermeister. In Erlangen leben etwa 50 Israelis sowie 50 Palästinenser, weit mehr Erlangerinnen und Erlanger sind durch den neuesten Krieg direkt oder indirekt betroffen. Diese Erklärung ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung. Gerade weil sich die jüdischen und muslimischen Organisationen daran beteiligen, ist sie ein klares Zeichen dafür, dass wir uns hier in Erlangen nicht entlang nationalistischer oder religiöser Linien spalten lassen.

Dennoch dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur möglich ist, wenn alle Menschen in Israel und Palästina eine realistische Aussicht auf ein Leben in Frieden, Sicherheit und Würde haben. Es ist höchste Zeit, erste Schritte in diese Richtung zu gehen. Zentral sind dabei ein sofortiger Waffenstillstand und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Leider sind die Möglichkeiten der Stadt Erlangen, darauf Einfluss zu nehmen sehr sehr begrenzt. Was bleibt, ist auf Dialog und Austausch zu setzen, um das Verständnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erhalten und zu fördern.

Wir danken dem Oberbürgermeister und auch dem Kollegen Dees für die klare Zurückweisung der von verfassungswidrigen Deportationsplänen – sogar von Staatsbürgern. Da kann ich nur sagen: **Kein Fußbreit dem Faschismus !**

Die Folgen der Schuldenbremse haben wir diese Woche auf der Straße gesehen. Es wird leider allzu oft nur über die Frage von „Schulden Ja oder Nein“ diskutiert und nicht über die Erhöhung der Staatseinnahmen durch Steuern für die, die es sich leisten können.

Es ist schlicht unvernünftig, Staatsschulden zu verteufeln. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und hinterlässt den kommenden Generationen marode Infrastruktur und Investitionsstau. Da sind wir uns mit dem Herrn Dees von der SPD einig ! 2009 haben CDU/CSU und SPD dieses ideologische Konstrukt leider ins Grundgesetz geschrieben. Ihnen sei empfohlen, diese Entscheidung zu revidieren und damit eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik zu ermöglichen.

Während der Debatte um die Investitionsbremse bleibt der eigentliche Elefant im Raum aber unbeachtet. **Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten !** Wir müssen über die riesigen Vermögen der Reichen und die niedrigen Löhne der arbeitenden Mehrheit sprechen. Susanne Klatten und Stefan Quandt gelten mit einem Vermögen von 40,5 Milliarden Euro als die reichsten Deutschen.

Ein normaler Beschäftigter, der entsprechend dem Mediangehalt in Deutschland ca. 44.000 Euro brutto im Jahr verdient, müsste sage und schreibe fast 100.000 Jahre arbeiten, um ein solches Vermögen aufzubauen. Und das ohne Steuern und jegliche Ausgaben. Die ärmere Hälfte der Deutschen hat hingegen überhaupt kein Vermögen. Wie grotesk und ungerecht diese Vermögensverteilung ist, sollte Ihnen allen klar sein.

Genau deshalb sind wir der Meinung, dass eine Umverteilung durch eine Besteuerung der Menschen, die es sich leisten können, dringend nötig ist.

Dazu kommt, dass anders als die Produktivität und die DAX-Kurse die Löhne in den letzten zwei Jahrzehnten kaum gestiegen sind. Ende 2021 und vor allem im Jahr 2022 fand ein in der Geschichte der Bundesrepublik beispielloser Reallohnverlust statt. Ob zwischen dem Beginn der Lohnentwertung und dem Amtsantritt der selbsternannten Fortschrittskoalition ein Zusammenhang bestand, sei jeder und jedem selbst zur Beurteilung überlassen.

Wir sind – das werden sie zwischen den Zeilen schon raus gehört haben – mit diesem Zustand reichlich unzufrieden. Daher haben wir nicht nur den Antrag auf Gewerbesteuererhöhung eingereicht, um zumindest in Erlangen einen kleinen Kontrapunkt zu dieser Entwicklung zu setzen, sondern rufen auch dazu auf, eine umfassende Debatte über eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu führen. Es ist an der Zeit, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, die nicht den wenigen Reichen, sondern <https://www.nn.de/erlangen/online-voting-sucht-traurigen-gewinner-ist-die-hupfla-in-erlangen-der-abriss-des-jahres-1.13922116> den vielen Arbeitenden zugutekommt.

Bezahlbares Wohnen bewegt die ganze Republik und auch Erlangen. Für das Bürgerbegehren „Wohnraum in der Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“ hat sich ein breites Bündnis aus der Stadtgesellschaft zusammen gefunden. Als Teil dieses Bündnisses setzten wir ein Stoppsignal gegen die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum in Innenstadt- und Arbeitsplatznähe.

Wir freuen uns, dass bereits 3.000 Erlangerinnen und Erlanger unterschrieben haben, so dass ein Erfolg in Aussicht ist. Das Bürgerbegehren ist der Versuch, zu beweisen, dass die Eliten (bitte denken Sie sich die Anführungszeichen dazu) nicht unkontrolliert handeln können.

Eben so sehr wie die Vernichtung von bezahlbarem und innenstadtnahem Wohnraum selbst empört viele Erlangerinnen und Erlanger auch die Basta-Politik, mit der diese Entscheidung verkündet und durchgesetzt wurde. Wir möchten beweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme erheben können. Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht die Herrschaft von Provinzfürsten bedeuten, sondern muss die demokratische Selbstverwaltung der Menschen in einer Kommune sein. Nur so können die demokratischen Institutionen das Vertrauen der Menschen erarbeiten.

Wenn aber politische Entscheidungen als alternativlos dargestellt werden und der Widerspruch tausender Bürgerinnen und Bürger einfach beiseite gewischt wird, braucht sich niemand wundern, wenn es zu Vertrauensverlust und niedriger (Wahl-)Beteiligung kommt.

Auch der Abriss des landesweit bedeutenden Denkmals „Hupfla“ war Basta-Politik. Herr Oberbürgermeister, Sie haben Erlangen bundesweit bekannt gemacht als Stadt der „beispiellosen Denkmalignoranz“. Und jetzt noch der ein knapper 2. Platz als „Abriß des Jahres“ beim Online-Voting des bayerischen Vereins für Heimatpflege. Herzlichen Glückwunsch ! [der OB bedankt sich]

Keine Haushaltsdebatte ohne das Erlanger Mega-Thema „Stadt- Umland-Bahn“, wo die BürgerInnen bald zur Abstimmung über ein „Ja“ oder „Nein“ gerufen werden:

Wir fordern, die Entscheidung über die STUB nicht nur auf ein einfaches "Ja" oder "Nein" zu reduzieren.

Wir fordern, dass die Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit haben, zu bestimmen, an welcher Stelle die Bahn die Regnitz überquert. Ob als dritte Talquerung oder neben einer bestehenden Brücke.

Es ist wichtig, die langfristigen Auswirkungen auf die Lebensqualität und Umwelt in Betracht zu ziehen. Wir appellieren an die Stadt, den Dialog mit den Bürgern auch in dieser Frage zu suchen, um eine Lösung zu finden, die sowohl den Verkehrs-Bedürfnissen als auch den Umweltschutzanliegen gerecht wird. Eine transparente Planung, die die Meinungen und Bedenken der Bürger miteinbezieht, führt zu besseren und akzeptierten Lösungen für die Stadtentwicklung. Sollte in einem Entscheid über den Trassenverlauf eine dritte Talquerung eine Mehrheit erhalten, haben Sie ein demokratisches Mandat, dass alle Kräfte akzeptieren müssen und können mit viel Rückenwind in die von ihnen geplante Gesamtabstimmung gehen. Lehnt eine Mehrheit den dritten Talübergang ab, können Sie umzuplanen. Auch dann können Sie danach eine von der Mehrheit gewünschte Trasse den BürgerInnen zur Abstimmung vorlegen.

Wir machen uns große Sorgen, dass sie mit ihrem aktuellen Kurs keine Mehrheit für die STUB in der geplanten Abstimmung finden werden.

Aber hier noch eine positive Anmerkung: Wir haben uns sehr gefreut, dass die SPD sich in der Frage der Bundesstraße 4 einmal eine Mehrheit außerhalb ihrer „Kooperation“ mit der CSU gesucht hat und zusammen mit uns und anderen für die Herabstufung gestimmt haben. So haben wir die Grundlage dafür gelegt, die STUB in diesem Abschnitt auf die Straße statt in den Wald zu legen.

Am Rand habe ich es schon angeschnitten: Die Funktionsfähigkeit der sozialen Infrastruktur und öffentlichen Verwaltung ist wegen unbesetzter Stellen, Stichwort Fachkräftemangel, teils empfindlich gestört. Das ist für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger täglich spürbar. Monatelange Wartezeiten auf Sozialleistungen und wegbrechende Kinderbetreuung sind inakzeptabel. Die Stadt ist hier nicht bereit, Löhne aufzustocken oder Arbeitszeiten zu reduzieren, um genug Personal zu gewinnen. Wir müssen dieses Versagen des Sozialstaats beenden. Es ist an der Zeit, den Sozialstaat zu stärken und sicherzustellen, dass diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, diese auch zeitnah erhalten. Eine Investition in soziale Infrastruktur, wie die Verbesserung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Aufwertung von sozialen Berufen, ist nicht nur moralisch richtig, sondern zahlt sich auch langfristig aus. Es bedeutet Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen sowie für alle, die auf die Leistungen von Verwaltung und Sozialeinrichtungen angewiesen sind.

Lassen sie mich mit einem originär sozialen Thema enden. Der Erlangen-Pass Plus ist unzweifelhaft ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wir dürfen nicht die armen Studierenden vergessen, insbesondere die BaFÖG-Empfänger. Der Verwaltungsaufwand, um diese mit einzubeziehen, ist minimal, denn das BaFÖG-Amt hat das Einkommen schon geprüft. Wir sollten sicherstellen, dass alle, die Unterstützung benötigen, diese auch erhalten. Es ist unsere Verantwortung, Chancengerechtigkeit zu fördern und jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Stadt sollte sich aktiv dafür einsetzen, dass Bildung für alle zugänglich ist,

unabhängig von finanziellen Möglichkeiten. Wir glauben, damit sind wir uns eigentlich mit der SPD einig. Im September 2022 schrieb die SPD auf Instagram „*Der ErlangerPass plus kommt! [...] Auch Studierende und Auszubildende, die BAföG bzw. Berufsausbildungsbeihilfe erhalten, können den Pass künftig bekommen.*“ Leider gingen diese beiden Gruppen jetzt doch leer aus.

Insgesamt müssen wir als Stadtgesellschaft und Stadtrat mutigere Entscheidungen treffen, um eine gerechte, nachhaltige und soziale Stadt für alle zu schaffen. Die Erlanger Linke wird weiterhin daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen.

Der vorliegende Haushalt wird den Interessen von Mensch und Natur nicht gerecht. Wir werden den Haushalt daher ablehnen.

Dem Stellenplan werden wir dagegen – wie auch in den Vorjahren - zustimmen, als Zeichen der Solidarität mit den teilweise überlasteten Menschen, die bei der Stadt arbeiten.